Aktuelle Belegungssituation Asyl Ahrensburg // zukünftiger Bedarf

Aktuelle Belegungssituation – Asyl-

Die Stadt unterhält mittlerweile an 5 Standorten (Wulfsdorfer Weg 79 a+b, Lange Koppel 1a und 1c, Reeshoop 55 – 55e, Ahrensburger Kamp 3 und Bornkampsweg 14 a+b+c) Unterkünfte für Asylbewerber. Es handelt sich dabei um 57 Schlichtwohnungen in Holzbauweise.

Weitere Unterbringungsmöglichkeiten stehen aktuell in der Fritz-Reuter Turnhalle (15 Personen/Räumung bis Mitte Juli 2016) und im ehemaligen THW-Gebäude Weinberg 4 (15 Personen) zu Verfügung.

Zusätzlich hat die Stadt Ahrensburg per 04/2016 55 Wohnungen und Einfamilienhäuser zu Unterbringungszwecke angemietet.

Insgesamt stehen damit 112 Wohneinheiten zur Unterbringung im gesamten Stadtgebiet zu Verfügung.

Bislang wurden im Jahr 2016 103 Personen neu zugewiesen und untergebracht. Insgesamt wurden seit 2013 513 Asylbewerber zugewiesen.

Entwicklung der Zuweisungszahlen seit 2013:

Jahr 2013 33 Personen
 Jahr 2014 62 Personen
 Jahr 2015 315 Personen
 Jahr 2016 bislang 103 Personen

Insgesamt erfüllt Ahrensburg per 04/2016 die Verteilquote des Kreises Stormarn mit **+3**

Nationalitäten der aktuellen Asylbewerber:

Afghanistan	86 Personen	Albanien	37 Personen
Armenien	29 Personen	Aserbaidtschan	3 Personen
Eritrea	2 Personen	Honduras	5 Personen
Indien	1 Person	Irak	43 Personen
Iran	16 Personen	Jemen	1 Person
Jugosla.(alt)	2 Personen	Kosovo	26 Personen
russ. Förde.	9 Personen	Somalia	4 Personen
Staatenlos	1 Person	Algerien	1 Person
Serbien	6 Personen	Syrien	7 Personen
Syrien	209 Personen	Ukraine	4 Personen

Zukünftiger Bedarf

Aus Sicht des Fachdienstes II.4 sind die städtischen Notunterkünfte in dem bestehenden Umfang weiterhin bereitzustellen und eine Nutzung zu gewährleisten; es ist allerdings eher von einem vermehrten Bedarf auszugehen.

Zwar sind die wöchentlichen Zuweisungen seit April stark zurückgegangen, aber verlässliche Zahlen oder auch Prognosen über künftige Bedarfe gibt es bislang keine. Desweiteren ist eine unbekannte Größe der Zuzug von Familienangehörigen im Rahmen der Familienzusammenführung. Dieser Personenkreis (syrische Flüchtlinge) reist mit Visum ein und durchläuft nicht das Asylverfahren. Die zugezogenen Familienmitglieder werden auch nicht auf die Quote angerechnet. Bislang wissen wir von ca. 30 weiteren Personen, die wahrscheinlich über die Familienzusammenführung nach Ahrensburg kommen und dann als Familie untergebracht werden müssen.

Entsprechend sind die Planungen und entsprechenden politischen Beschlussfassungen darauf ausgelegt auch im Jahre 2016

Unterbringungskapazitäten für ca. 400 Personen zu schaffen:

Kornkamp	ca. 100 – 120 Personen (Containerlösung ist bestellt)
Helgolandring	ca. 90 Personen (bislang keine Auftragsvergabe)
Anmietung und eigene Unterkünfte	ca. 200 Personen

Es ist schwierig Familien und Einzelpersonen aus den Notunterkünften in normalen Mietwohnungsbau zu vermitteln. Die Gründe dafür sind vielfältig. So reduzieren sich jährlich Wohnungen mit Sozialbindung, für die die Stadt Ahrensburg ein Vorschlags- und /oder Belegungsrecht hat. Von aktuell 501 Wohnungen werden wir im Jahre 2030 nur noch 160 und 2035 nur noch 61 Wohneinheiten haben, wenn es keinen weiteren Sozialen Wohnungsbau in Ahrensburg gibt.

Die Fluktuation in diesen Wohnungen wird zudem geringer, da Menschen in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen nicht aus günstigen Wohnungen ausziehen. Die Menschen in den Notunterkünften haben oftmals selber Vermittlungshemmnisse, die Vermieter eher abschrecken (z.B. Schufa-Einträge, befristete Aufenthaltsverhältnisse, nicht nachbarschaftsfähig).

Die Objekte Wulfsdorfer Weg 79 a+b, Bornkampsweg 14 a+b+c, aber auch die übrigen Notunterkünfte der Stadt Lange Koppel 1a, Reeshoop 55, 55 a+b sind Holzwohnhäuser, die nach 20 Jähriger Nutzungsdauer seit dem Jahr 2015 alle abgeschrieben sind.

Die einzusetzenden Haushaltsmittel für Instandhaltungsarbeiten sind bereits in den letzten Jahren jährlich immer weiter angestiegen.

Nach Aussage des zuständigen Fachdienstes sind die hohen Instandsetzungsarbeiten in den alten Holzwohnhäusern in zunehmendem Maße unrentabel und als unwirtschaftlich anzusehen.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen zur aktuellen Belegungssituation und dem zukünftigen Bedarf wird auch bei den Beratungen für den Haushalt 2017 über Ersatz- und Neubau von Notunterkünften zu entscheiden sein.

lg

über II an B für Bericht STVO
N